

Die Milliarden für die Landwirtschaft verpuffen beinahe wirkungslos

Die Denkfabrik Vision Landwirtschaft stellt dem Bund ein vernichtendes Zeugnis aus

Trotz rekordhoher staatlicher Stützung verfehlt die Agrarpolitik laut einer Erhebung nicht nur ökologische, sondern auch wirtschaftliche und soziale Ziele.

DAVID VONPILON

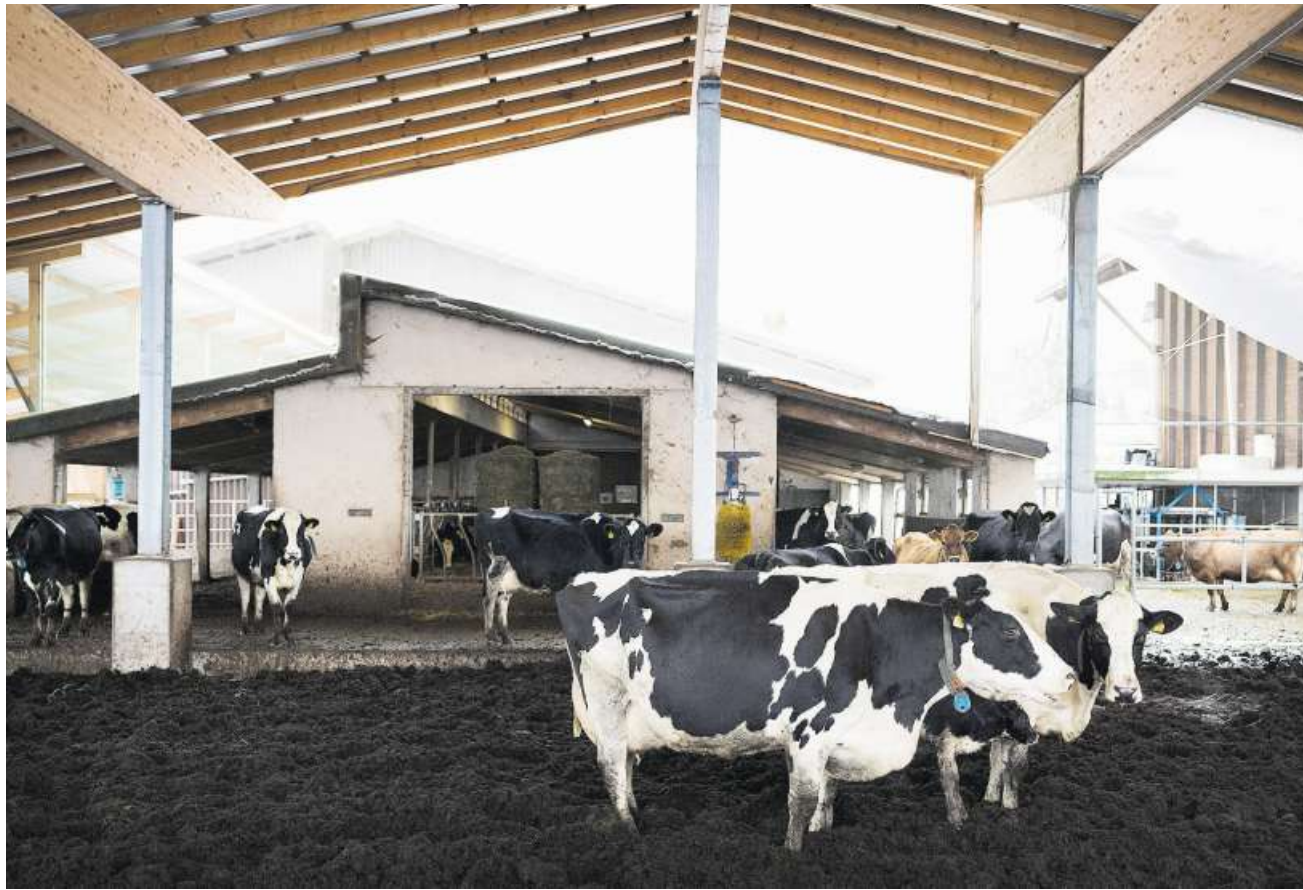
Rund 4 Milliarden Franken pumpt die öffentliche Hand jedes Jahr in die Landwirtschaft. Hinzu kommen 3 Milliarden Franken, welche die Konsumenten in Form von überhöhten Preisen durch den Grenzschutz berappen. Der warme Geldregen für die Bauern ist laut Gesetz an die Erfüllung konkreter Ziele gebunden. Die sichere Versorgung der Bevölkerung gehört dazu, aber auch der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und die Pflege der Kulturlandschaft.

Der Bund ist gemäss Gesetz dazu verpflichtet, die Wirksamkeit seiner Massnahmen in der Agrarpolitik im Rahmen eines Monitorings zu überprüfen. Doch kommt der Bund diesem Auftrag auch nach? Überprüft er die Wirkung der milliardenschweren Agrarstützung gewissenhaft? Die Denkfabrik Vision Landwirtschaft hat das untersucht. Zum Abschluss der Vernehmlassungsfrist zur Agrarpolitik 22+ legt sie einen Bericht zum Thema vor. Das Urteil ist vernichtend.

Verfehlt Zielgrössen

Die bisher vom Bundesamt für Landwirtschaft angewandten Indikatoren hätten über weite Strecken gar nicht gemessen, ob die Ziele der Agrarpolitik erreicht worden seien, heisst es im Bericht. Selbst wo dies trotzdem geschehen sei, habe man häufig mit Zielgrössen operiert, die keinen engen Bezug zu den gesetzlichen Vorgaben aufwiesen.

Als Indikator für die Versorgungssicherheit verwendet der Bund zum Beispiel die von den Bauern produzierte Menge an Kalorien. Ob ein Bedarf an den betreffenden Nahrungsmitteln besteht und ob die Voraussetzungen für die Produktion in einer Importkrise vorhanden sind, lässt er jedoch unberücksichtigt. Als Kennzahl für die soziale Lage der Landwirte wiederum zieht der Bund das Gesamteinkommen der Schweizer Landwirtschaft heran. «Daran lässt sich weder die Situation der weniger gut verdienenden Betriebe beurteilen noch erkennen, ob die Direkt-



Laut der Erhebung werden 19 von insgesamt 21 Zielen der Agrarpolitik verfehlt.

CHRISTOPH RÜCKSTUHL / NZZ

zahlungen des Bundes bei jenen Betrieben ankommen, die sie nötig haben», kritisiert Felix Schläpfer von Vision Landwirtschaft.

Eine Übersicht darüber, welche gesetzlichen Ziele erreicht und welche verfehlt würden, lasse sich dadurch kaum gewinnen, sagt Volkswirt Schläpfer. Dies behindere einen zielorientierten Einsatz der Mittel und überhaupte eine auf die gesetzlichen Ziele ausgerichtete Agrarpolitik. Einzig im Bereich der Umweltziele werde deren Einhaltung einigermaßen umfassend überprüft.

Umweltziele bleiben unerfüllt

Zusammen mit einigen weiteren Organisationen – darunter der WWF und die Kleinbauernvereinigung – fordert die Vision Landwirtschaft vom Bund deshalb, ein neues Bewertungssystem zu schaffen, das eine verständliche und realistische Beurteilung der Agrarpolitik erlaubt. Wie dieses aussehen könnte, zeigt

sie selber auf. Die Denkfabrik präsentiert dabei 21 Indikatoren, die eine umfassende Beurteilung der Agrarpolitik ermöglichen sollen.

Das erste Ergebnis mit den neuen Kennzahlen fällt für den Bund wenig schmeichelhaft aus: Derzeit werden laut der Erhebung 19 von insgesamt 21 Zielen der Agrarpolitik verfehlt. Zum einen bleiben sämtliche wichtigen Umweltziele unerfüllt, wie schon ein Bericht des Bundesrats vor zwei Jahren gezeigt hat. Zum anderen verfehlt die Agrarpolitik die wirtschaftlichen und die sozialen Ziele. So liegt etwa die Wertschöpfung des Sektors gemäss der Erhebung im negativen Bereich. Das Ziel einer «auf den Markt ausgerichteten Produktion» ist damit nicht erfüllt.

Ausgerechnet für jene zwei Ziele, die bereits erreicht werden, fliessen derweil die umfangreichsten Mittel – beispielsweise die Direktzahlungen für Versorgungssicherheit und weitere Formen pauschaler Einkommensstützung. Zu-

gleich weist Vision Landwirtschaft darauf hin, dass von den rund 7 Milliarden Franken Subventionen nur rund 1,5 Milliarden an konkrete Leistungen geknüpft sind. «Die restlichen 5 Milliarden Franken sind entgegen dem Verfassungsauftrag eine versteckte Einkommensstützung», moniert Felix Schläpfer. Auch diese sei nicht zielorientiert und komme zu weniger als einem Viertel den Betrieben zugute, welche die finanzielle Unterstützung durch den Bund tatsächlich nötig hätten. «Der grösste Teil der Mittel, die der Agrarpolitik zur Verfügung stehen, wird damit nicht verfassungskonform eingesetzt.» Würden die 5 Milliarden gezielt investiert, wären die 21 Ziele der Agrarpolitik laut Vision Landwirtschaft innert weniger Jahre erreichbar.

Das Bundesamt für Landwirtschaft will derweil keine Stellung nehmen zum Bericht von Vision Landwirtschaft. Man nehme das Dokument zur Kenntnis, erklärt eine Sprecherin.

«Neue» Agrarpolitik mit wenig Rückendeckung

Die Vorschläge für eine Landwirtschaftsreform finden bei Verbänden und Parteien kaum Zustimmung

DAVID VONPILON

Ursprünglich war die Agrarpolitik ab 2022 als grosser Wurf geplant. Sie sollte die Landwirtschaft endlich näher an den Markt führen. Doch daraus wurde nichts: Der inzwischen zurückgetretene Landwirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann verlor den Machtkampf mit dem obersten Bauern Markus Ritter. Der Bundesrat setzt nun auf eine Politik der kleinen Schräubchen.

«Marktorientierung»

Wegweisende Neuerungen lassen sich in der Agrarpolitik ab 2022 kaum finden: Schritte hin zu einer Marktöffnung fehlen im bundesrätlichen Vorschlag ebenso wie griffige Massnahmen zur Entbürokratisierung. «Mutlos» ist denn auch das Wort, das in den Antworten zur Vernehmlassung der Agrarpolitik 22+ am häufigsten vorkommt. Diverse Teilnehmer befürchten gar, dass die geplanten Justierungen zu noch mehr administrativem Aufwand führen werden.

Einen Mangel an Courage in der Agrarpolitik macht etwa der Wirtschafts-

dachverband Economiesuisse aus: Zwar stimme die Stossrichtung. Allerdings würden den propagierten Stichworten wie «Marktorientierung», «mehr Unternehmertum» und «Selbstverantwortung» keine ausreichenden Massnahmen folgen. Es werde weiter am bestehenden Flickenteppich geflickt. Eine Folge davon sei, dass überfällige Anpassungen im Landwirtschaftssektor verschleppt würden.

Die Wirtschaft vermisst die internationale Perspektive im Reformvorschlag. Es sei falsch, die Agrarpolitik losgelöst von internationalen Handelsbeziehungen voranzutreiben. Weil die Exportwirtschaft auf den Ausbau von Marktzugängen angewiesen sei, müssten die Agrarmärkte teilweise geöffnet werden. Dabei bestehe kein Widerspruch zwischen einer Agrarpolitik, die den Abschluss von Freihandelsverträgen ermögliche, und zugleich einer, die den Bauern verlässliche Perspektiven biete.

Auch in bäuerlichen Kreisen fällt der bundesrätliche Vorschlag grösstenteils durch. Die Erwartung, dass die künftige Agrarpolitik Einkommensverbesserungen, administrative Vereinfachung und stabile Rahmenbedingungen gewähr-

leiste, werde in keiner Weise erfüllt, kritisiert der Schweizer Bauernverband. Die Vorlage würde sogar kontraproduktiv wirken. Die Bauern kritisieren auch die neue Verteilung der Direktzahlungen. «Diese Situation wird zu einem Vertrauensverlust führen und die Bauernfamilien demotivieren.» Zugleich fehle es an Massnahmen, um den landwirtschaftlichen Familienbetrieb zu erhalten. Dass der Bundesrat den Rahmenkredit zugunsten der Landwirtschaft und den Grenzschutz beibehalten will, wertet der Verband indes positiv.

Mehr Klimaschutz gefordert

Umwelt- und Tierwohlorganisationen gehen die Reformvorschläge des Bundesrats derweil zu wenig weit. Dies umso mehr, als der Bundesrat die beiden Volksinitiativen gegen den Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft ohne Gegenvorschlag abgelehnt hat. Der Bundesrat müsse umweltverträgliche Perspektiven liefern, schreibt die Agrarallianz, der unter anderem Bio Suisse, der WWF und die Kleinbauernvereinigung angeschlossen sind. Nur eine Agrar-

politik, die bei den Umweltzielen, der Gewässerqualität und beim Tierwohl Fortschritte verspreche, sei opportun. Die Klima-Allianz Schweiz wiederum kritisiert, dass die AP22+ zwar Klimaziele nenne, konkrete Massnahmen zur Zielerreichung aber fehlten.

Auch die Parteien melden mehr oder weniger dringenden Korrekturbedarf an – wenn auch aus unterschiedlichen Gründen. Die SVP kritisiert die überbordende Regulierung und dass der Bundesrat weiterhin das Ziel verfolgt, die Produzentenpreise dem Ausland anzupassen. Die FDP unterstützt die erklärte Marktorientierung der Vorlage, moniert aber, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirte nicht gezielt gestärkt werde. Die Grünliberalen wiederum fordern eine umfassende Überarbeitung des bundesrätlichen Vorschlags, insbesondere im Bereich Umwelt. Im Gegensatz dazu geht der Reformwille des Bundesrats der CVP zu weit: Sie macht sich dafür stark, dass die bisherige Agrarpolitik weitergeführt wird. Allerdings fehlten Massnahmen zur Erhöhung der Wertschöpfung der Bauern. Von der SP lag noch keine Stellungnahme vor.

APROPOS

Kokainalarm im Bundeshaus

Erich Aschwanden · Die eidgenössischen Wahlen rücken näher. Ein untrügliches Zeichen dafür ist, dass die Taten der Politiker innerhalb und ausserhalb des Rats-saales immer gewagter werden. Den Vogel abgeschossen hat in dieser Hinsicht Luzi Stamm. Der Aargauer SVP-Nationalrat hat nach eigenen Angaben am Dienstagabend ganz spontan einen Ausflug ins Drogenmilieu gewagt.

Bei seinem nächtlichen Streifzug durch die Berner Altstadt erwarb er bei einem Strassenmusikanten ein Gramm Kokain. Kostenpunkt 45 Franken. Als Grund für seine Aktion gab der SVP-Politiker an, den Kampf gegen die Drogenmafia zu intensivieren. Narcos auf Schweizerdeutsch gewissermassen. Qualifiziert für die Verbrechenbekämpfung hält sich Stamm, weil er in den 1980er und 1990er Jahren als Richter Drogensüchtige verurteilte. «Ich kenne die Szene wie kaum ein anderer in der Schweiz», erklärte der 66-Jährige gegenüber der «Aargauer Zeitung».

Zum Thema Nummer eins unter der Bundeskuppel wurde Amateurdetektiv Stamm, als er am Mittwochmorgen seinen Fang mit einem reichlich schlechten Gewissen Beamten der Berner Polizei übergab. Ein Schnelltest zeigte, dass es sich beim weissen Pulver tatsächlich um Kokain handelte. Doch nun könnte der Jäger zum Gejagten werden. Denn nicht nur der Verkauf, sondern auch der Erwerb und der Besitz von Betäubungsmitteln ist strafbar. Dem Fehlbaren droht eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder eine Geldstrafe. Etwas, was Stamm als Jurist eigentlich hätte wissen müssen.

Das letzte Mal im Scheinwerferlicht stand Stamm, als er 2015 im Nationalrat die Legislatur als Alterspräsident eröffnete. Inzwischen dürfte ihm klargeworden sein, dass Alter nicht vor Torheit schützt. Ob sein vorgetäuschter Drogenkauf als Wahlwerbung dienen sollte, war nicht in Erfahrung zu bringen. Nötig hätte er es, verzichtete Stamm doch darauf, von der SVP des Kantons Aargau nominiert zu werden.

Es wird nun spekuliert, dass Stamm auf einer speziellen Seniorenliste noch einmal antritt. Seit dem fatalen Dienstagabend dürfte der Anreiz für eine erneute Kandidatur gewachsen sein. Verbunden mit dem Amt als Nationalrat ist auch die parlamentarische Immunität. Dass diese allerdings auch für nächtliche Streifzüge abseits des Bundeshauses gilt, ist doch eher zu bezweifeln.

Schweiz stark von Datenleck betroffen

(sda) · Fast 2,2 Milliarden gehackte Daten wie E-Mail-Adressen samt Passwörtern: Das ist der Inhalt einer Sammlung aus mehreren im Januar aufgedeckten Datenlecks, die gestohlene Log-in-Informationen enthält. Laut einer Recherche von Fernsehen SRF sind über 3 Millionen E-Mail-Adressen mit Schweizer Endung inklusive Passwörtern darunter. Betroffen sind rund 20000 unterschiedliche Nutzerprofile von Angestellten von Behörden und Betreibern kritischer Infrastrukturen. Darunter befinden sich mehr als 6000 E-Mail-Adressen von Angestellten der Kantone und 2500 von solchen des Bundes. Rund ein Fünftel der betroffenen Bundes-Adressen gehören der Schweizer Armee, wie am Mittwoch bekannt wurde. Bei «Collection #1-5» mit über 2,2 Milliarden E-Mail-Adressen (samt Passwörtern) und rund 900 Gigabyte Datenvolumen handelt es sich laut Spezialisten um die bisher grösste zusammenhängende Ansammlung von gehackten Nutzerprofilen. Sie relativieren aber auch: «Wir haben diese Daten analysiert und alle betroffenen Departemente informiert. Ein grosser Teil der Daten ist ziemlich alt», sagte Max Klaus, der stellvertretende Leiter der Melde- und Analysestelle Informationssicherung, zum Westschweizer Fernsehen.